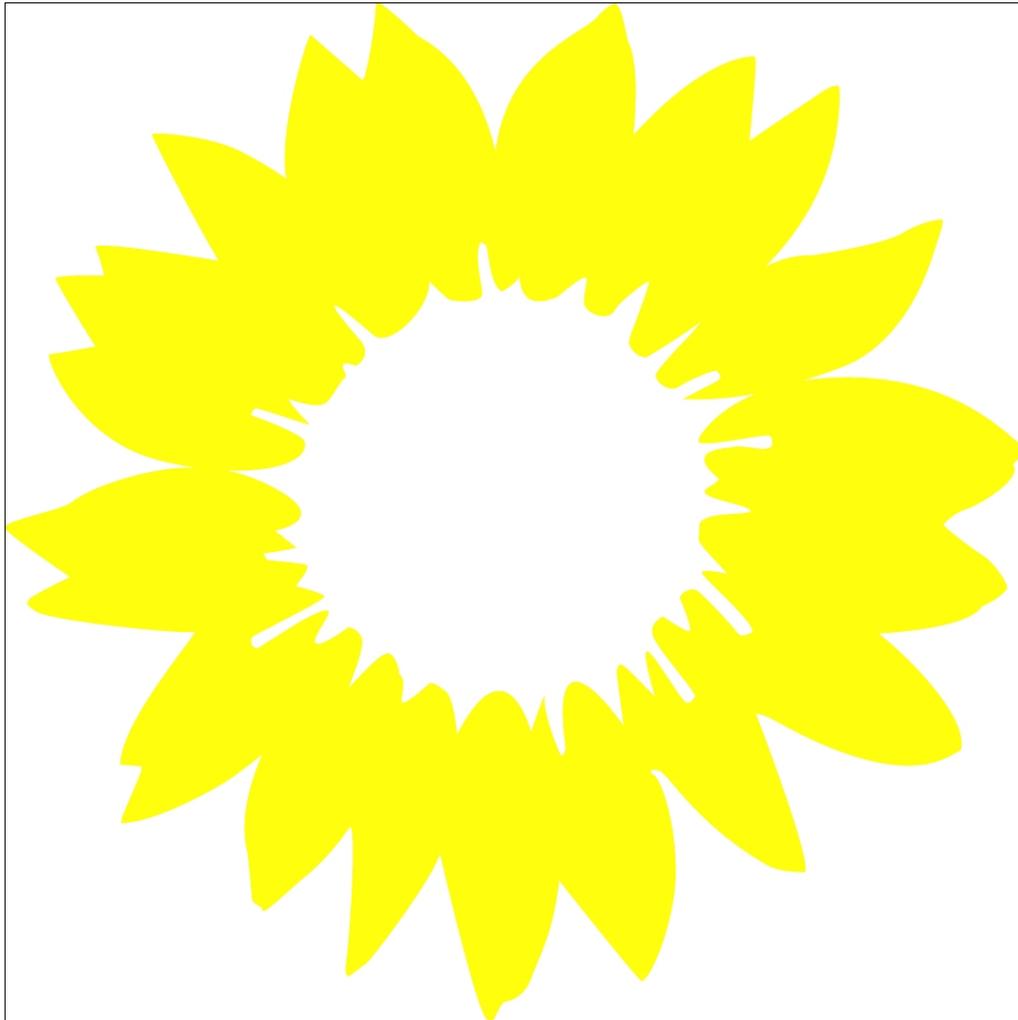


Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 14.05.2023



Zusammengefasst im März 2023

EINLEITUNG

In der Zeit vom Herbst 2022 bis Ende März 2023 haben wir an diesem Programm gemeinsam im Ortsverband gearbeitet.

Systematisch haben wir unser Wahlprogramm der letzten Legislatur reflektiert und überlegt welche Ziele wir konkret erreicht haben, was angestoßen wurde und welche Ziele sich lohnen weiterzuverfolgen.

All diese Überlegungen sind anschließend in dieses neue Programm eingeflossen.

Wir haben versucht ein aktuelles Wahlprogramm für die nächsten Jahre aufzustellen, dass den wichtigen Herausforderungen vor denen wir stehen gerecht wird. Naturgemäß nehmen in allen Punkten die Klimaziele einen allumfassenden Rahmen ein. Hieran gilt es alle Entscheidungen in den nächsten Jahren auszurichten, damit unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft in unserem Ort haben.

In diesen Zielen versuchen wir so konkret wie möglich eine Vorstellung dazu zu geben, wofür wir uns in den nächsten Jahren einsetzen wollen.

Das Wahlprogramm ist thematisch in verschiedene Abschnitte gegliedert. Je Thema finden sich konkrete Forderungen, Ideen und Umsetzungsziele in Kurzform. Anschließend erläutern wir noch in ausführlicheren Texten, was sich dahinter verbirgt und wie wir zu diversen Schlussfolgerungen kommen. Wir versuchen diese Ideen möglichst nachvollziehbar und deutlich zu machen, was wir konkret mit welcher Maßnahme bezwecken.

Bei allem stand im Vordergrund, dass wir so transparent wie möglich darstellen wollen, was man mit uns wählt. Wir hoffen sehr, das ist gelungen.

Ammersbek, d. 28.03.2023

Inhaltsverzeichnis

Umwelt, Klimaschutz und Energieversorgung	ab Seite 4
Kita, Schule, Kinder und Jugendliche	ab Seite 13
Gemeinschaft und Zusammenhalt	ab Seite 18
Nachhaltige Siedlungsentwicklung	ab Seite 26
Mobilitätswende	ab Seite 36
Finanzen	ab Seite 39
Digitalisierung	ab Seite 44

1 Umwelt, Klimaschutz & Energieversorgung

Wald & Wiesen, Natur & Landschaft sind unverzichtbar für uns, für die Artenvielfalt & für den natürlichen Klimaschutz. Wir möchten, dass auch unsere Kindeskiner noch Schmetterlinge sehen & Nachtigallen hören. Ähnlich notwendig sind Äcker & Grünland für die regionale Versorgung & das Siedlungsgrün mit Parks & Bäumen für wohnnahe Erholung & Hitzeschutz.

- Vorrang für Klimaschutz bei zu ändernden oder neuen Bebauungsplänen
- Klimaneutralität bis 2035 soll für alle Beschlüsse von Politik & Verwaltung verpflichtend sein
- Ammersbek soll Vorbild sein: Energetische Sanierung & autarke Energieversorgung seiner kommunalen Gebäude bis 2028
- Unterstützung von Bürgerenergie-Genossenschaften – denn auch Mieter sollen von Erneuerbarer Energie profitieren können
- Schaffung öffentlicher Beratungsangebote für mehr Unabhängigkeit von hohen Energiepreisen
- Förderung der natürlichen Klimawirkung von Natur & Landschaft
- Erhalt & Neuanpflanzung von heimischen Laubbäumen
- Vorrang für ökologische Landwirtschaft auf gemeindeeigenen Pachtflächen
- Weiterer Ausbau der LED-Straßenbeleuchtung

Lottbeker Stauteich soll bleiben

Ammersbeker Grüne fordern eine Alternative zur Hamburger Planung

Der Lottbeker Stauteich ist für Lottbek das, was für Schäferdresch die Timmerhorner Teiche und für Daheim/Heimgarten der Bredsche ist. Im Sommer wird dort gepicknickt, in kalten Wintern laufen Kinder und Erwachsene Schlittschuh und über das ganze Jahr genießen die Menschen Spaziergänge, Joggen oder Hundebaden an dem seit über einem halben Jahrhundert existierenden Teich auf der Grenze zu Hamburg.

2020 berichtete die Ammersbeker Verwaltung im Umweltausschuss, dass laut Bezirksamt Wandsbek, "der Stausee umgestaltet werden soll mit den Zielen der Entschlammung, Herstellung der Durchlässigkeit für Fische und Erhöhung des Retentionsvermögens." 2021 wurde der bis dahin in die Vorgespräche mit einbezogene NABU Ammersbek informiert, dass der Stauteich entschlammt, aber entgegen früherer Planung erhalten werden soll.

Im Januar 2023 erfuhren wir Grüne durch eine **Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage**, dass es seit August eine fertige Entwurfsplanung zum Umbau der Lottbek gibt. Aus der Senatsantwort und aus Gesprächen mit Ammersbeker Naturschützern vernahmen wir, dass nun doch wieder geplant ist, den Mönch, der den Lottbeker Teich staut, zurückzubauen und die Lottbek bis auf einen Teichrest im Oberlauf nur noch als Bach zu belassen.

Im Ammersbeker Umweltausschuss am 27. Februar 2023 informierten unsere grünen Ausschussmitglieder die Verwaltung über diese neue Hamburger Entwurfsplanung. Ammersbek war darüber noch nicht informiert worden und die Verwaltung wusste auch nicht, ob es eine Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit gab, nach der sich entschied, dass es kein Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung geben wird.

Wir sind befremdet über die Intransparenz der Planung Hamburgs. Unser Grünes Umweltausschussmitglied Petra Ludwig-Sidow gab mit der Bitte um Weiterleitung an das Bezirksamt Wandsbek im Ausschuss zu Protokoll: "Sollte die Aufgabe des Lottbeker Stauteich geplant sein, lehnen wir dies wegen des Eingriffs in das Landschaftsbild und die Bedeutung des Teiches für die Naherholung ab, zumal die zunehmende Frühjahrs- und Sommertrockenheit sowie die seit Jahren in sich zusammengebrochene Brücke am Uhlenbusch eine Durchgängigkeit des Baches auch nach Aufgabe des Stauteichs verhindern."

Die Ammersbeker Grünen verlangen eine Planung mit Erhalt des Stauteichs. Und sie verlangen, dass Ammersbek regelmäßig über den Planungsstand informiert wird, denn schließlich liegen Teile des Teiches, auch wenn sie Hamburger Grundbesitz sind, in Schleswig-Holstein auf Ammersbeker Gebiet.

Kleine Kommunen müssen groß denken

Wie wollen wir unseren zukünftigen Strom- und Wärmebedarf decken?

"Unsere Antworten der Vergangenheit, werden nicht mehr die Lösung für unsere Fragen von morgen sein", dieser Satz des Bürgermeisters bzw. seiner Redenschreiberin in der Neujahrsansprache 2023 gilt für Grüne Politik vor allem bei Fragen der Energieversorgung. Diese Fragen von heute sind nicht einfach zu beantworten, ihre Antworten bergen die Gefahr, dass wir neue Probleme schaffen.

Für die Nahwärmeversorgung in Ammersbek gibt es kleinere, Erdgas betriebene Blockheizkraftwerke wie Georg-Sasse-Straße oder Kräuterblöcken. Für sie müssen wir neue Lösungen finden. Regenerative Energien, Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse, sind seit vergangenem Jahr im Erneuerbare-Energien-Gesetz ein "vorrangiger Belang" gegenüber anderen öffentlichen Belangen in der Güterabwägung. Das bedeutet, im Zweifel wiegt die Energiegewinnung mehr als der Schutz vor Lärm durch Rotoren oder der Schutz der Natur. Vor Ort müssen wir genau schauen, welche Beeinträchtigungen wir in Kauf nehmen wollen, ob wir mehr gewinnen als verlieren.

Windenergie - Auf Standorte von Windrädern haben wir vor Ort kaum Einfluss, dies ist der Landesplanung vorbehalten und derzeit sind in und um Ammersbek keine sogenannten Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen. Dies könnte sich ändern, wenn die Landesregierung den Anteil dieser Flächen an der Landesfläche von 2 auf 3 % erhöht.

Biomassenutzung - Mehrere Landwirte gewinnen in Ammersbek bereits Wärme aus Holzhackschnitzelverbrennung. Einer von ihnen wird mit seiner Anlage in Zukunft die Nahwärmeversorgung für das Rathausquartier bereitstellen. Wir haben dies unterstützt, denn die Hackschnitzel gewinnt er nach eigener Aussage aus der Knickpflege oder aus Restholz der Waldbewirtschaftung in Ohlstedt.

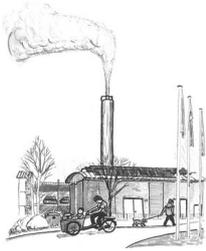
Für Biogasanlagen wurden in Ammersbek Vorrangflächen ausgewiesen, auf denen Biogasanlagen errichtet werden können, einigermaßen landschaftsverträglich und mit ausreichender Entfernung von Wohnbebauung. Diese räumliche Einschränkung veranlassten wir Grüne vor 12 Jahren zusammen mit der SPD. Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein lobte Ammersbeks Konzept damals, es sei "landesweit vorbildlich, um dem Wildwuchs von Biogasanlagen entgegenzutreten".

Solaranlagen auf Dächern- Seit über zehn Jahren setzen wir uns dafür ein, dass kommunale Dächer (Schulen, Turnhallen, Rathaus, Bauhof, Feuerwehr) für Solarenergie genutzt werden. Erst durch einen neuen, fachlich versierten Mitarbeiter im Bauamt hat dies Fahrt aufgenommen. Auf dem Bauhof gibt es inzwischen eine Anlage und für die neue Schule in Bünningstedt können wir es uns auf die Fahnen schreiben, dass dort eine große Anlage entsteht, die mehr als nur die Schule versorgen kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese fortgesetzt wird, denn Photovoltaik auf Dächern verschandelt nicht die Landschaft und ist nah am Stromverbraucher.

Für private Dächer sind Solaranlagen für Strom oder für Warmwasser inzwischen so preisgünstig, dass sich die Investition in wenigen Jahren amortisiert. Wir setzen uns für Lösungen ein, damit auch Mieter von Solaranlagen auf ihren Dächern profitieren können.

Solaranlagen in der Landschaft - Mit sogenannter Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) wird inzwischen gut Geld verdient, deshalb finden sich immer mehr davon in der Landschaft. Sie unterliegen der kommunalen Bauleitplanung und uns Grünen ist wichtig, hierbei das Nutzen-Schaden-Verhältnis genau abzuwägen. Es besteht die Gefahr, fruchtbare Ackerböden oder wertvolle Biotope zu zerstören. Auch Landschaftseindrücke prägen eine Gemeinde und wir warnen davor, unsere historische, unter Landschaftsschutz stehende Knicklandschaft und die Blicke auf die eiszeitlichen Hügelketten wie den Laberg zu zerstören.



Hoch aufgeständerte Anlagen ermöglichen ackerbauliche Nutzung, sind aber auch teurer. Zumindest sollte darunter extensive Landwirtschaft ermöglicht werden, als Schafwiese, die auch Insekten und Vögeln nützt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Flächen darunter noch nutzbar sind, für die Artenvielfalt und den Nahrungsmittelanbau.

Erdwärme - Richtig warm ist der Untergrund erst in größeren Tiefen. Alle 100 Meter steigt die Temperatur um drei Grad, in 1000 Meter Tiefe ist es daher schon kuschelig warm und Wärmepumpen brauchen nicht mehr viel Energie, um es noch wärmer zu machen. Allerdings ist es sehr teuer, so tief zu bohren, für ein kleine Kommune kaum zu stemmen.

Aber auch oberflächennahe Erdwärme in 100 bis 400 Metern Tiefe ist sinnvoll. Ab zehn Metern Tiefe herrscht das ganze Jahr eine konstante Temperatur im Boden, so dass der Jahresstrombedarf für Wärmepumpen, die die dem Untergrund entzogene Wärme (10 bis 12° C) auf eine höhere Temperatur bringen, geringer ist als bei Luftwärmepumpen.

Vernunft und Natur - Klimaschutz bedeutet nicht nur klimaverträgliche Energieerzeugung. Genauso wichtig ist: Vernunft und die Hilfe der Natur. Energiesparen durch Sanierung von Häusern, durch Digitalisierung und durch Umsicht. Vernünftig ist, vor allem die sogenannten "Naturbasierten Lösungen" auszubauen, ein Programm von EU und Bundesregierung, um natürliche Klimasenken zu stärken. Moore, Wälder, naturnahe Wiesen sowie Grünflächen und Bäume in den Siedlungen schlucken CO₂ und speichern es als Kohlenstoff. Schonen und renaturieren wir also unsere Landschaft, Natur ist der beste Verbündete in der Klimakrise.

Nicht nur Naturschutzverbände, auch die EU betont, wie wichtig es ist, Lösungen für Klimakrise und Biodiversitätskrise zusammen zu denken - Wir wollen das Anpacken, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Förderung der natürlichen Klimaschutzwirkung von Natur & Landschaft

Unser bester Helfer gegen Krisen



Wald ist mehr als Holz

Auch der Wald leidet unter zwei Krisen, Klimaerwärmung und Rückgang der biologischen Vielfalt. Die Auswirkungen spüren Waldbesitzer in ganz Deutschland bereits heute:

- Stürme schlagen mehr Holz ein als Förster
- Nur aus Fichte bestehende Wälder (Monokulturen) sterben ab, da sich die Bäume durch Trockenheit sich nicht mehr gegen Borkenkäfer wehren können
- Pilzkrankheiten breiten sich aus, auch in Ammersbek
- Kiefernmonokulturen leiden unter Waldbränden

Hitze und Trockenheit, die in anderen Bundesländern den Wäldern zusetzen, werden zukünftig auch uns im Norden nicht verschonen. Die Art und Weise wie seit rund 200 Jahren der Wald in Deutschland bewirtschaftet wird verstärkt die schädlichen Klimawandel-Auswirkungen. Forstbetriebe und -ausbildung müssen angepasst werden, das Bundeswaldgesetz und die Waldgesetze und Waldbaurichtlinien der Länder gehören dringend überarbeitet. Die Grünen in der Bundes- und Landesregierung haben dies in Angriff genommen.

Kommunalwald - Zwar können Kommunen über ihren eigenen Wald bestimmen, aber leider nur im Rahmen der genannten rechtlichen Grundlagen, deshalb ist es auch uns Grünen in Ammersbek ein wichtiges Anliegen, dass sich "von oben" etwas ändert.

Ammersbek besitzt nur 85 Hektar Wald, davon sind 67 Hektar Neuaufforstungen aus den Jahren 1994 bis 1997. Der Wald besteht aus einem Flickenteppich von etwa zwei Dutzend Waldparzellen. Kleine Waldflächen leiden besonders Randeinflüssen durch Stickstoff und Pestiziden aus der Landwirtschaft sowie Austrocknung durch Wärme und Wind. Ein gesunder, dichter Wald hat sein eigenes feuchtkühles Innenklima. Je kleiner und aufgelichteter er ist, desto weniger kann er so ein Klima aufrechterhalten.

Neuaufgeforsteter Wald auf ehemaligem Acker braucht viele Jahrzehnte, bis er sich zu einem ökologisch wertvollen Wald entwickelt. Geht man durch die knapp 30jährigen Baumreihen der Ammersbeker Neuaufforstungen, kann man an der Bodenstruktur und der Krautschicht, dem artenarmen Bewuchs gut erkennen, dass es noch ein ganze Zeit braucht, bis diese Stangenwälder weniger Holzacker und mehr Wald sind.

Nach mehrjähriger Kritik der Ammersbeker Grünen an der Bewirtschaftung des kommunalen Waldes durch den zuständigen Förster wurde 2016 auf Initiative von uns Grünen hin im Umweltausschuss festgehalten, dass die vorrangigen Ziele der kommunalen Waldbewirtschaftung Naherholung und der Schutz von natürlichen Ressourcen sind, nicht aber die Maximierung von wirtschaftlichen Erträgen. Und in den Waldparzellen, die in Naturschutzgebieten liegen, steht an erster Stelle die Schutzfunktion **Vorlage - 0259/IX**

Neuer Umgang mit dem Wald dringend nötig - Eine leichte Verbesserung im Umgang mit dem Wald trat ein, als der Bürgermeister dafür sorgte, dass das alle zehn Jahre notwendige Forstbetriebsgutachten extern vergeben wurde und die untere Forstbehörde Ammersbek einen anderen Förster zuordnete.

Wir Grüne halten an dem Ziel fest, in Ammersbek möglichst wenig "Waldbau" zu betreiben, denn jeder Eingriff wie Durchforstung oder Freistellung von "Zielbäumen" kostet Geld, schädigt durch Maschineneinsatz den Waldboden, macht den Wald lichter und ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels russisches Roulette.

Wir begrüßen, dass die wenigen Fichtenforste, wie z.B. im Rehagen, zu Laubmischwald umgebaut werden, hätten uns aber weniger Einsatz von schweren Holzerntemaschinen gewünscht.

Ganz besonders wichtig ist es, den **Wald in den Naturschutzgebieten** in Ruhe zu lassen und unsere wenigen alten Waldstandorte zu schützen und nicht durch Wirtschaftsmaßnahmen oder übertriebene Verkehrssicherung (Maßnahmen Schutz von Waldbesuchern vor umfallenden Bäumen und herabfallenden Ästen) zu schädigen.

Nur gesunder, sehr naturnaher Wald, Wald mit hoher Struktur- und Artenvielfalt, der bodenschonend behandelt und nicht durch Entwässerungsgräben und Auslichtung ausgetrocknet wird, kühlt die Landschaft und nahegelegene Wohngebiete und wirkt als Kohlenstoffsенке gegen den Klimawandel.

Erhalt & Neuanpflanzung von heimischen Laubbäumen

Dein Freund der Baum tut Not

Siedlungsgrün schützen um der Klimaerwärmung zu trotzen

Wer erinnert sich noch an die schönen Linden, die einst die Hamburger Straße am Hoisbüttler U-Bahnhof flankierten und die Straße grün und an heißen Sommertagen schattig machten? Lang lang ist's her, dass sie gefällt und nicht nachgepflanzt wurden. Vor zwölf Jahren fielen im frühen Morgenrot weitere Großbäume der Brückenerneuerung durch die HHA zum Opfer.

Bäume im Siedlungsraum sind nicht nur prägend, sind auch heute wichtiger denn je. Sie schlucken CO₂ und Feinstaub, spenden Sauerstoff und Schatten. Bisher wurden an Straßen in Ammersbek Bäume nur als Ersatz für kranke oder vom Sturm gefällte gepflanzt. Eine Neuanlage einer Baumreihe oder einer Allee gab es in den letzten Jahren nicht. Und so gut wie gar nicht gab es Baumpflanzungen an der Landstraße L225, denn dort ist die Verkehrsbehörde in Lübeck zuständig. Die Grünen wollen sich bei den zuständigen Ämtern dafür einsetzen, dass wieder mehr Bäume unsere Straßen säumen.

Essbar für Insekten und Menschen - In Brandenburg sieht man zahllose Straßen mit Obstbäumen, die im Frühjahr eine Augen- und Bienenweide sind. Viele Städte in Deutschland pflanzen im Rahmen der Initiative "essbare Stadt" Obstbäume, von denen jeder Früchte ernten darf. In Leipzig beantragten die Grünen, um Straßenbäume herum Hecken und Büsche zu pflanzen. Dies würde die Fußwege attraktiver machen, aber auch Insekten und Vögeln helfen. Auch Gras und Wildblumen auf den Bereichen um die Bäume, den Baumscheiben, helfen den Insekten, auch denen die im Baum leben, denn manche überwintern in der Erde.

Auch wenn Ammersbek im Grünen liegt, wollen wir das Siedlungsgrün schützen und weiter entwickeln. Dazu gehört auch, die Grünflächen natürlicher zu halten und seltener zu mähen, damit Bienen und Schmetterlinge dort Nahrung finden. Auch Bäume sind wichtig für Blütenbesucher und auch für uns im Klimawandel. Sie kühlen nachweislich ihre Umgebung, eine Eigenschaft, die bei den immer häufigeren und heißen Sommertagen dringend gebraucht wird.

Für nachhaltige Gebäudesanierung statt Abriss & Neubau



Warum Sanierung oft besser ist als Neubau

Die Folgen von Klimawandel und Ukrainekrieg führen zu einem großen Bedarf an Energieeinsparungen. Beim Gebäudebestand reicht es aber nicht aus, ausschließlich den Verbrauch während der Nutzung im Blick zu haben. In unserem alten Baubestand steckt nämlich ein Schatz, die Graue Energie. Das ist die Energie, die für den Rohstoffabbau, Produktion und Transport der Baustoffe aufgewendet wurde. Wird ein Gebäude abgerissen, ist diese Graue Energie verloren.

Müll und Emissionen: Was bereits gebaut ist, bewahrt die Graue Energie und spart Abriss und Entsorgung, solange es erhalten bleibt. Neues zu bauen braucht neue Energie. Deshalb ist vor allem dem Neubau geschuldet, dass der Bausektor in Deutschland für 40 % des energiebedingten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist. Zudem werden 90 % der in der Landschaft abgebauten mineralischen Rohstoffe, wie Kalk, Gips, Sand oder Kies in Gebäuden verbaut. Bei Abriss muss alles wieder entsorgt werden, deshalb verursacht der deutsche Bausektor 55 % des Netto-Müllaufkommens.

Die Bundesstiftung Baukultur sieht deshalb im Bestand einen "Schlüssel für die Erreichung der Klimaziele" und glaubt, dass "Bestandserhalt angesichts steigender Materialpreise wesentlich zur Kostenstabilität des Bauens beiträgt". In ihrem aktuellen **Baukulturbericht "Neue Umbaukultur"** widmet sie sich der Um- und Weiternutzung bestehender Gebäude. Sie empfiehlt beispielsweise für Senioren den barrierefreien Umbau ihrer Einfamilienhäuser und die Unterteilung in mehrere Wohneinheiten wenn sie nach dem Auszug der Kinder allein sind. Hierfür müssten in Ammersbek allerdings viele B-Pläne geändert werden, weil diese in den Einfamilienhäusern nicht mehrere Wohneinheiten zulassen.

Zwei jüngere Umbaubeispiele gibt es in Ammersbek bereits. Die ehemalige Post in der Georg-Sasse-Straße wurde zur Unterkunft für Geflüchtete umgebaut, und die das ehemalige Jugendzentrum neben der Grundschule zu einer Erweiterung der Kita Lottbek für Krippengruppen.

Gutes bewahren: Neben Energie- und Ressourcensparen kommen kulturelle und gesellschaftliche Aspekte beim Erhalt von Bestand hinzu. Jedes Gebäude hat seine eigene Historie, verwoben mit der Lebensgeschichte seiner Nutzer. Besonders Schulen sind mit den Biografien der Schüler*innen und Lehrer*innen verbunden, die dort gelernt und gelehrt haben. In Bünningstedt sprachen sich viele Eltern, die selbst in dort in die 1958 erbaute Grundschule gingen, gegen Abriss und Neubau aus. Sie wollten das U-förmige Schulgebäude, das sich schützend um den Schulhof legt, erhalten.

Und was sagte der Bürgermeister so passend in seiner Neujahrsansprache 2023:

"Wichtig ist, dass wir das, was unsere Gemeinde ausmacht, bewahren"



Schulausbau und -sanierung im laufenden Betrieb ist jedoch eine Herausforderung. Je nach Umfang muss abgewogen werden zwischen Ressourcen sparender Sanierung und der Zumutbarkeit für die Kinder. Für die neue Schule in Bünningstedt entschieden wir Grüne uns nach langem Zögern für Neubau. Für die Grundschule in Lottbek steht die Abwägung zwischen Sanierung und Neubau auf der Grünen Wiese noch aus, denn die Planungen sind erst in einer sehr frühen Phase und möglicherweise werden zukünftig mehr Fördermittel gewährt, wenn man saniert statt neu baut.

2 Kita, Schule, Kinder & Jugendliche

Krippen, Kitas & Schulen sind ein Platz zum Lernen. Das funktioniert nur, wenn die Kinder sich wohlfühlen (& Freunde finden). Wir wollen wie in der Vergangenheit aktiv dazu beitragen, dass Erzieher*innen & Lehrkräfte in ihrer pädagogischen Arbeit unterstützt & die Rahmenbedingungen in den Kitas & Schulen stetig verbessert werden.

- Stetiger bedarfsgerechter Ausbau von Kita-Plätzen & Betreuungszeiten
- Stärkung der Mitspracherechte von Kindern & Jugendlichen durch einen Beirat
- Sozialpädagogische Unterstützung u.a. für die Jugendarbeit & den Kinder- & Jugendbeirat
- Förderung der Jugendarbeit der Vereine & der Freiwilligen Feuerwehren
- Gleiche räumliche Ausstattung für moderne Lernkonzepte in beiden Grundschulen
- Zeitnahe Reparatur & Instandhaltung aller Spielplätze
- Freizeitangebote für Jugendliche z.B. Skaterbahn, Pumptrack o.ä.

Stetiger bedarfsgerechter Ausbau von Kita-Plätzen & Betreuungszeiten

Der Spagat für Eltern und Alleinerziehenden zwischen dem Familienleben, der Kindererziehung und dem Beruf kann nur gelingen, wenn die Betreuung in den Kitas und in der Schule gewährleistet und umfassend ist.

Wie entwickeln sich die Kinderzahlen? Wie viel Betreuungsangebot wird benötigt? Ändern sich die Ansprüche oder die Arbeitszeiten? Wir versuchen dies so flexibel wie möglich in den Betreuungszeiten darzustellen und prüfen dies, in Abstimmung mit der Verwaltung regelmäßig im SJK-Ausschuss.

Auch setzen wir uns u.a. für den Neubau einer weiteren Kita im Schäferdresch ein und werden dies auch in Zukunft tun. Auch setzen wir uns für die frühkindliche Bildung für mehr Chancengleichheit und Inklusion ein.

Stärkung der Mitspracherechte von Kindern & Jugendlichen durch einen Beirat



Wir möchten die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen in unserer Gemeinde stärken und die Mitarbeit durch einen Kinder- und Jugendbeirat in der Gemeindepolitik voranbringen. Wir werden uns auch für eine Sozialpädagogische Stelle u.a. für Jugendarbeit & den Jugendbeirat einsetzen.

Sozialpädagogische Unterstützung u.a. für die Jugendarbeit & den Kinder- & Jugendbeirat

Für Ammersbek ist eine sozialpädagogische Unterstützung ist für die Jugendarbeit und den Kinder- und Jugendbeirat von großer Bedeutung. Eine sozialpädagogische Fachkraft kann Jugendlichen helfen, ihre Stärken und Schwächen zu erkennen und ihre Probleme zu bewältigen. Sie kann ihnen auch bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit, der Förderung ihrer Fähigkeiten und der Bewältigung von Krisen helfen.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendbeirats kann eine sozialpädagogische Fachkraft die Kinder und Jugendlichen unterstützen, ihre Interessen und Anliegen zu formulieren und ihre Fähigkeiten in der demokratischen Teilhabe zu stärken. Sie kann auch dazu beitragen, dass die Kinder und Jugendlichen ein besseres Verständnis für politische Prozesse entwickeln und lernen, ihre Anliegen auf eine konstruktive Weise zu vertreten.

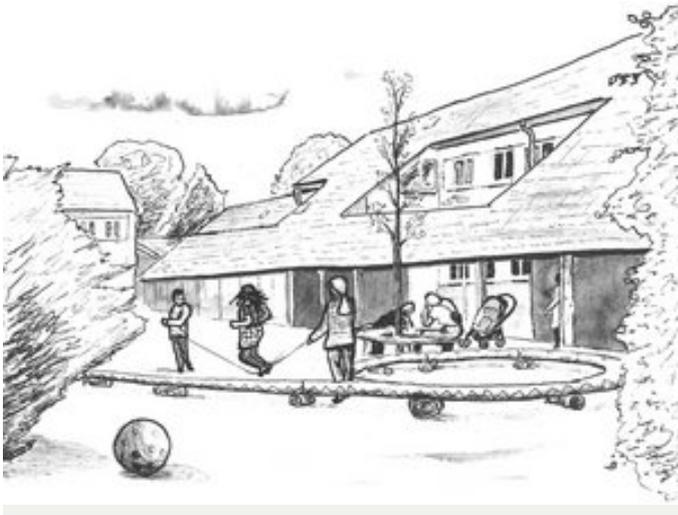
Insgesamt kann sozialpädagogische Unterstützung dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche ihre Potenziale entfalten können und in der Gesellschaft erfolgreich und selbstbewusst agieren können.

Förderung der Jugendarbeit der Vereine & der Freiwilligen Feuerwehren



Sowohl die Ammersbeker Sportvereine, die Freiwilligen Feuerwehren und weitere Institutionen bieten für unsere Kinder & Jugendlichen eine Vielzahl an Freizeitangeboten abseits vom Handy, Zocken oder dem Einkaufszentrum. Damit dies weiterhin möglich ist, werden Gelder zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen oder Fördervereine benötigt. Sollen beispielsweise Freizeiten oder der Kauf von Geräten beantragt werden, wollen wir diese Anträge unterstützen.

Gleiche räumliche Ausstattung für moderne Lernkonzepte in beiden Grundschulen

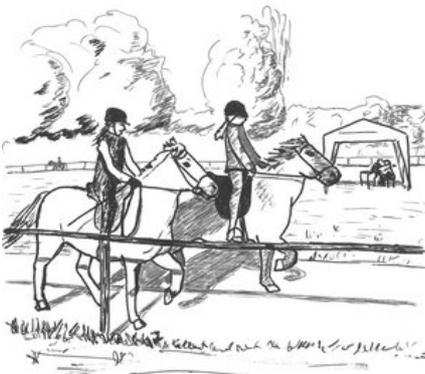


Wir fordern weiterhin gleiche Bildungschancen und pädagogische Voraussetzungen für die Grundschulen in Hoisbüttel und Bünningstedt. Dies bedeutet, dass nach dem Neubau der Grundschule Bünningstedt auch die Grundschule Hoisbüttel in Lottbek in den Fokus rücken muss. Auch hier bedarf es einem Neubau oder eine grundlegende Sanierung und Erweiterung, um moderne pädagogische Konzepte umzusetzen, für Chancengleichheit zu sorgen und die aktuelle Raumnot zu beenden.

Zeitnahe Reparatur & Instandhaltung aller Spielplätze

Ammersbek hat viele Spielplätze, die alle ordentlich bespielt werden. Auch benötigen wir Spielplätze gleichermaßen verteilt in den Ortschaften. Daher möchten wir uns für schnellere Reparaturen und eine gerechte Verteilung der Spielgeräte und -plätze einsetzen.

Freizeitangebote für Jugendliche z.B. Skaterbahn, Pumptrack o.ä.



Neben den Sportvereinen bieten auch die beiden Freiwilligen Feuerwehren großartige Beschäftigungen für die Jugendlichen in Ammersbek. Nachdem die beiden Jugendzentren auf Grund von mangelnder Nutzung geschlossen wurden, fehlt etwas. Daher sollen in verschiedenen Ortsteilen Pavillons aufgestellt werden. Schon mal ein erster toller Schritt. Nur reicht das? Wir finden - mit Sicherheit nicht!

Daher fordern wir ein öffentliches Gelände für beispielsweise eine Skaterbahn oder eine Pumptrack Strecke für Jugendliche in Ammersbek. Diese Forderung könnte das erste Projekt für den Jugend- und Kinderbeirat sein. Förderungen gibt es reichlich, den Platz auch, wir müssen es nur machen.

3 Gemeinschaft & Zusammenhalt

Demokratie beginnt vor Ort, in der Gemeinde. Unser Anliegen ist es, dass die Bewohner der einzelnen Ortsteile besser darüber informiert werden, was bei ihnen in der Nachbarschaft geschieht & geplant wird. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, sich darüber auszutauschen & aktiv einbringen zu können.

- Transparente Verwaltung & Politik durch bessere öffentliche Informationen
- Mehr bezahlbarer Wohnraum, z.B. durch Genossenschaften
- Unterstützung der Vereine & des ehrenamtlichen Engagements, u.a. für Geflüchtete
- Verbesserung der Bürgerinformation (Webseite & Infokästen)

Transparente Verwaltung & Politik durch bessere öffentliche Informationen

In Sachen der Transparenz und der Informationspolitik der Verwaltung und der Politik stehen wir noch ganz am Anfang



Wir als Fraktion wurden mehr als einmal von der Verwaltung überrumpelt und hätten uns sehnlich gewünscht früher eingebunden zu werden. Nun gibt es dieses Modell der kommunalen Selbstverwaltung und es gibt eben nicht überall ein Mitspracherecht der Gemeindevertreter, sondern viele Sachen sind halt als Verwaltungsangelegenheit eingestuft. Finden wir auch nicht immer gut, sorgt aber dafür, dass „der Laden läuft“ und notwendige Entscheidungen getroffen werden. Dennoch hindert niemanden die Verwaltung daran besser zu informieren. Keine Norm oder Gesetz hindert die Verwaltung die Bürger besser einzubinden. Sie tut es einfach aus historischem Verwaltungsverständnis nicht. Hier werden nur Gespräche helfen, um ein Bewusstsein dafür zu wecken. Denn qua Beschluss geht hier nichts.

Aber auch die Parteien haben hier eine Menge Arbeit vor sich. Wir versuchen regelmäßig über unsere Webseite zu informieren. Andere Parteien tun dieses auch irgendwie. Aber reicht das? Wir müssen alte Gewohnheiten überwinden und zu einem gemeinsamen Verständnis kommen, soll die Politikverdrossenheit nicht noch weiter wachsen. Hier müssen wir, auch gemeinsam mit der Verwaltung und den anderen Parteien, neue Lösungen finden. Die Digitalisierung spielt auch hier einen nicht unerheblichen Teil.

Auch neue kreative Ideen müssen auf den Tisch kommen. Wir haben eine Ammersbek App, die bewusst und sinnvoll den parteilichen Raum nicht abdeckt. Vielleicht nehmen wir uns in der Gemeindevertretung hieran ein Beispiel und werden auch agil und arbeiten übergreifend zusammen.

Eine Möglichkeit wäre eine App analog dazu mit allen demokratischen Parteien Ammersbeks, welche gemeinsam informieren und den Bürgerinnen und Bürgern eine einfache kumulierte Plattform für politische Informationen aus der Gemeinde bieten. Oder wir finden noch weitere Ideen. Wir Grüne stehen hier nicht alleine, würde aber gern Motor sein. Eine Lösung wünschen sich aber sicherlich alle Demokraten gemeinsam. So wollen wir das auch.

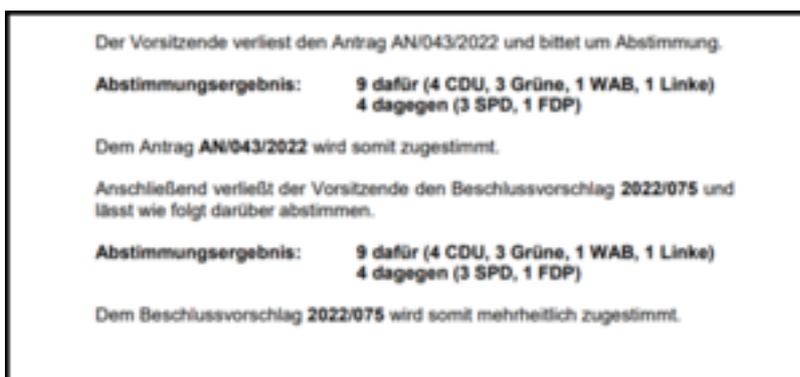
Vorbildliche Transparenz in Ahrensburg

Ratespiel in Ammersbek

Bürger*innen, die das erste Mal eine Gemeindevertreter- oder eine Ausschusssitzung besuchen und daran interessiert sind, welche Fraktion welche Meinung kundtut, muss leider raten, welche Partei es wohl ist, die für eine 30er-Zone oder gegen die Sanierung einer Schule stimmt. Vor jedem Mitglied steht zwar ein Schild mit dem Namen, aber von welcher Partei es ist, muss man googeln.

Wähler, die sich vor einer Kommunalwahl mithilfe von Sitzungsprotokollen informieren wollen, wie Parteien abgestimmt haben, gucken ebenfalls in die Röhre. Außer bei protokollierten Wortbeiträgen kann man in den Protokollen nicht erkennen, welche Partei welcher Meinung ist. Bei Abstimmungen ist immer nur die Zahl der Stimmen, Gegenstimmen und Enthaltungen protokolliert, aber nie, welche Partei dagegen und dafür war.

Transparenz, die eine Demokratie braucht, ist das nicht. Dass es aber auch anders geht, zeigt Ahrensburg. Dort werden nämlich seit einiger Zeit die Abstimmungsergebnisse so protokolliert, dass man nachlesen kann, wer wie gestimmt hat.



Auch wenn die Regelwerke die Kommunen nicht zu so einer Offenlegung verpflichten, die Ahrensburger Stadträte haben sich dafür entschieden. Das ist eine gute Sache und eigentlich müssten ja auch alle Parteien daran interessiert sein, dass ihr politisches Agieren nachträglich nachvollziehbar ist. Den Grünen ist dies jedenfalls ein Anliegen, jetzt wo Ahrensburg zeigt, dass es auch anders geht.

Mehr bezahlbarer Wohnraum, z.B. durch Genossenschaften



Die Investition für Genossenschaften können wir politisch nicht anordnen. Wir können aber dafür werben. Junge Familien, heimkehrende junge Erwachsene in Ammersbek und Familien, Geflüchtete und Freundinnen und Freunde der Gemeinde, die hier uns erlebt haben, wünschen sich bezahlbaren Wohnraum.

Das ist keine einfache Aufgabe. Wir haben hier konkrete Vorstellungen was wir fördern wollen und was nicht, z.B. keinen weiteren Flächenverbrauch und Neubaugebiete, sondern Innenverdichtung. Wir wollen den dörflichen Charakter erhalten, auch wenn er zumindest in Lottbek schon weitgehend Geschichte ist. Aber weiter darf es nicht gehen. Schaut euch hier unsere Ideen für den Bau an.

Wir wünschen uns innovative Ideen, einfach mal weiter denken als der pure Verkauf um die Kassen zu füllen, konkrete Bedingungen stellen und nicht einfach nur den schnellen Euro, Wohnprojekte für alle Alter, Tiny Haus Siedlungen für junge Erwachsene und Ältere, immer mitdenken, dass Familien auch Infrastruktur brauchen etc. Wir wollen Werte der Gemeinde erhalten und noch ausbauen, damit es vielleicht auch neben den Steuern einen Zufluss an Geldern für die Gemeinde gibt.

Das ist nicht einfach und ihr könnt sicher sein, dass wir jedes Vorhaben von allen Seiten betrachten. Die Grünen gelten als ideologisch, aber wir werden innovativ sein. Ihr könnt darauf zählen, dass wir bei allen Vorhaben bedenken den sozialen Zusammenhalt zu stärken, aber auch und zurecht zuerst die Auswirkung auf Umwelt und Klima betrachten. Das ist unser gemeinsames Kapital für die Zukunft. Nur dann lohnt sich die Investition in solche Projekte. Klingt hart, ist aber leider so.

Wohnen ist zu teuer

Kreislauf von Bodenpreissteigerungen und Spekulationsverkäufen durchbrechen



Im Herbst 2019 haben wir, B90/DIE GRÜNEN, einen Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht, der leider, wie wir schon befürchteten, von allen Mitgliedern der anderen Fraktionen und damit von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Warum ging es?

Ammersbek hat in der Vergangenheit viel Grund und Boden verkauft, bebaut und unbebaut. Heute stehen daher kaum mehr Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung. Die Grundstücke in Bünningstedt für die neue Feuerwache und die neue Schule hat die Gemeinde deshalb kaufen müssen. Auch Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, wie sie bei Bebauung vorher unbebauter Grundstücke vorgeschrieben sind, fehlen. 2022 hatte Ammersbek dafür auf Vorrat eine landwirtschaftliche Fläche teuer erworben.

In der Metropolregion ist Wohnen inzwischen so teuer, dass es oft die Hälfte der Lebenshaltungskosten verschlingt. Dies liegt zum einen daran, dass in den letzten Jahren vor allem teure Wohnungen gebaut wurden und viele Wohnungen aus der Sozialbindung fielen. Zum anderen ist es eine Folge der Bodenspekulationen. Allein von 2016 bis 2018 stiegen die Grundstückspreise für Einfamilien- und Doppelhäuser in Ammersbek um etwa 15 Prozent, die Bodenrichtwerte für Bauerwartungsland um 19 Prozent (Bünningstedt) bis 30 Prozent (Lottbek).

Allein der Erwerb eines Grundstücks schlägt daher schon so hoch zu Buche, dass viele für Sanierung eines Bestandsgebäude oder für Neubau kein Geld mehr haben. Hinzu kommt die enorme Preissteigerung im Baugewerbe. 2022 vermeldete das Statistische Bundesamt gegenüber dem Vorjahr einen Preisanstieg beim Neubau von **Wohngebäuden um 16,4 Prozent**. Bei neuen Mehrfamilienhäuser führt dies zu immer hochpreisigeren Wohnungen oder Mieten.

Was kann dagegen getan werden?

Einige Städte und Gemeinden wenden das Erbbaurecht an, um die Anschaffungskosten für das Grundstück aus diesen Summen herauszunehmen. Auch unser Antrag zielte darauf, gemeindeeigene Grundstücke nur noch im Erbbaurecht vergeben. Dies senkt Kosten für Bau- oder Sanierungswillige und sichert auch das gemeindliche „Tafelsilber“. Der Gewinn durch Bodenpreissteigerungen verbleibt bei der Gemeinde statt bei Investoren, die durch Weiterverkäufe die Bodenpreise noch mehr in die Höhe treiben.

Erbbaurecht (selbst)verständlich

Boden und Bau werden finanziell getrennt betrachtet. Eigentümer ist der Erbaurechtgeber (z.B. Gemeinde Ammersbek), bspw. eine Häuslebauerfamilie ist der Erbbaurechtnehmer.

Der Erbbaurechtsvertrag übereignet der Häuslebauerfamilie das Grundstück für einen vertraglich festgesetzten Zeitraum, oft 99 Jahre. Dafür zahlt sie einen jährlichen Erbbaurechtszins, der auf dem Bodenwert fußend ausgehandelt wird (meist 3 bis 6,5 % jährlich) und per Anpassungsvereinbarung an Preissteigerungen angepasst wird.

Das Erbbaurecht wird im Grundbuch eingetragen und kann beliehen werden, z.B. für Sanierung des Gebäudebestands oder für Neubau. Es kann auch vererbt oder verkauft werden.

Im Vertrag können Art der Nutzung des Grundstücks festgeschrieben werden, z.B. für ein Mehrgenerationenhaus, Mehrfamilienhausbebauung mit Sozialwohnungsanteil u.v.m.

Am Ende des vertraglich vereinbarten Zeitraums ("Heimfall") zahlt der Erbbaurechtgeber den -nehmer aus, entsprechend dem Wert des auf dem Grundstück stehenden Gebäudes. Auch ein Verkauf des Grundstücks an den Erbbaurechtnehmer ist möglich

Warum wurde unser Antrag von den anderen Fraktionen abgelehnt?

Es geht um die Refinanzierung der neuen Schule in Bünningstedt. Von Anfang an schwebte den anderen Parteien und dem Bürgermeister vor, die alte Schule und Sporthalle abzureißen und das gesamte Grundstück für Einfamilienhausbebauung zu verkaufen. Aber da der Schulbau nicht unter dem SPD-Deckel von 5 Millionen geblieben ist, sondern mindestens 13 Millionen kosten wird^[1], ist der Schuldendruck groß.

2022 betrug die Verschuldung Ammersbeks 2,1 Millionen Euro, deshalb hoffen die anderen Parteien auf Einnahmen durch Grundstücksverkäufe. Keine Option sind für sie die langfristige Handlungsfähigkeit der Gemeinde durch Erbbaurecht und eine verlässliche, jährliche Einnahme durch die Erbbauzinsen.

Wir bleiben am Ball

Wir sind immer noch davon überzeugt, dass es viel solider wäre, kommunale Grundstücke nicht zu verscherbeln, weder an Investoren, die ihre Bauwünsche durchsetzen, noch an Spekulanten, die die Preise in die Höhe treiben. Würde die Gemeinde die Grundstücke selbst bebauen, hätte sie mehr Gestaltungsmöglichkeiten, auch für kleine Mehrfamilienhäuser mit weniger teuren Wohnungen und weniger Flächenverbrauch. Sie könnte die Häuser darauf auch verkaufen, die Grundstücke aber im Erbbaurecht vergeben. Sogar für ein ganz anderes Modell, nachhaltig und mit wenig Flächenverbrauch hätten **wir auch schon eine Vision**.

Die Kirche arbeitet fast ausschließlich mit Erbbaurecht und Hamburg hat 2021 verkündet, in Zukunft vermehrt das Erbbaurecht einzusetzen. Es gibt sogar Stiftungen, wie die Edith Maryon Stiftung, die Grundstücke aufkauft, wenn Gemeinden sich das nicht leisten können, und sie selbst im Erbbaurecht vergibt. Das wäre auch noch eine Lösung, aber auch dafür bräuchten wir mehr Zustimmung oder **mehr Grüne im Gemeinderat**.

[1] Im Herbst 2021 wurden die Investitionskosten mit 8,6 Millionen Euro beziffert (Vorl. 0397/X), ein Jahr später waren sie auf 12,9 Millionen Euro gestiegen (Vorlage 0495/10)

Unterstützung der Vereine & des ehrenamtlichen Engagements, u.a. für Geflüchtete



Wir haben eine tolle Vereinslandschaft in Ammersbek. Die Feuerwehren, der Bürgerverein, der Kulturkreis, die Sportvereine, die Geflüchtetenhilfe und was es alles gibt (verzeiht die nicht abschließende Aufzählung). Wir wollen dieses Gemeinwohl fördern. Wir helfen wo wir können.

Anträge zur Unterstützung von konkreten Projekten sind immer willkommen. Was kann passieren? Wir fragen vielleicht nach. Aber wir alle sind in Ammersbek verbunden und Teil vieler dieser Vereine. Wir wissen eure Arbeit sehr zu schätzen. Wir haben auch euren Aufruf zu bezahlbarem Wohnraum für Mitglieder gehört. Sie werden auch von neuen Ideen profitieren. Wir sind immer bereit zuzuhören und werden gemeinsame Lösungen für Probleme finden, die für alle tragbar sind.

Verbesserung der Bürgerinformation (Webseite & Infokästen)



Ein Thema das uns schon um die Ohren geflogen ist. Infokästen wurden verwaltungsseitig abgelehnt. Wer solle die schon bestücken. Auf die Idee, dass man sowas auch an Vereine abgeben oder ehrenamtlich besetzen kann ist dort niemand gekommen. So ein Kasten hat sicherlich auch noch Platz für ein Plakat für die nächste Veranstaltung. Win-Win nennt man das. Das Thema ist für uns nicht abgeschlossen.

Infokästen sind existenziell in einer älter werdenden Gesellschaft und auch für junge Menschen in Zeiten des digitalen Overkills. Vielleicht die effektivste Art um auf besondere Ereignisse hinzuweisen. Ein Infokasten kann nicht einfach weggeklickt werden.

2023 sollten die Verwaltungen digital sein. Ein unlösbare Aufgabe, auch in Ammersbek. Aber so kann es nicht bleiben. Die Webseite muss komplett überarbeitet werden.

Eine weitere Baustelle ist das Bürgerinformationssystem. Es werden in Ammersbek nur ein Bruchteil der möglichen Funktionen genutzt. Es gibt keinerlei Nachverfolgung von Beschlüssen und nur ein rudimentäres Berichtssystem, obwohl die Plattform es bietet. Wir müssen die bestehenden Möglichkeiten nutzen und ausbauen.

Aber!, die Verwaltung kann nicht hexen. Das sehen wir auch realistisch. Wir müssen gemeinsam den Weg gehen und Wege schaffen, wie sie es umsetzen kann. Es wäre zu einfach den schwarzen Peter dorthin zu senden. Nein, das wissen wir. Es ist für uns alle ein Weg den wir erstmalig beschreiten. Gehen wir ihn gemeinsam ohne Häme und Hand in Hand.

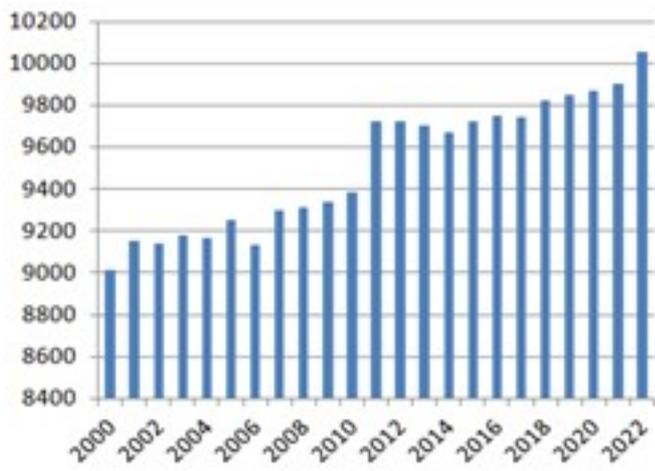
4 Nachhaltige Siedlungsentwicklung & Bauen

Wichtigstes Ziel ist für uns bezahlbarer Wohnraum ohne dass Grün versiegelt & Ortsteile zugebaut werden oder neue Einfamilienhausgebiete auf Kosten von Landschaft entstehen. Wer sich im Alter mit seinem großen Haus & viel Gartenarbeit überlastet fühlt, soll in Ammersbek eine Wohnalternative finden. Niemand soll gezwungen sein, im hohen Alter, wenn Unterstützung nötig ist, erneut umzuziehen, schon gar nicht in die Fremde.

- Nachhaltige Bauplanung für ein grünes & lebenswertes Ammersbek
- Maßvolle Bebauung & Verdichtung durch Doppel- oder Reihenhäuser sowie kleine Mehrfamilienhäuser dort, wo sie verträglich sind
- Erhalt von Klein- & Schrebergärten
- Für nachhaltige Gebäudesanierung statt Abriss & Neubau

Nachhaltige Bauplanung für ein grünes & lebenswertes Ammersbek

Demographie und die Folgen für Ammersbek



Einwohnerentwicklung von Ammersbek seit 2000*
(Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2022)

Veränderte Bevölkerungsstruktur erfordert Umdenken

Seit Jahrzehnten ist "Bauen, bauen, bauen" das Credo der Kommunalpolitik nichtstädtischer Gemeinden. Sie wollen junge Familien anlocken und dies vor allem mit Einfamilienhaus-Baugebieten, einhergehend mit hohem Flächenverbrauch. Die Politiker freuen sich über mehr Einwohner, denn sie bringen mehr Geld in den Haushalt.

Teure Folgen von Wachstum - Aber zu früh gefreut, junge Familien haben Kinder, Kinder brauchen Krippen- und Kitaplätze und wenig später Schulplätze. Neue Kitas müssen gebaut, Schulen erweitert oder neu errichtet werden. Mehr Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen eingestellt werden. Und wenn die Einwohnerzahl stark gestiegen ist, braucht die Feuerwehr ein zusätzliches Löschfahrzeug und eine größere Wache. Diese sozialen Infrastrukturfolgekosten sind viel höher als der Zugewinn für den Haushalt.

2022 die Marke überschritten - Wachstumssprünge bei der Bevölkerung sind unmittelbare Folge neuer Baugebiete. In Ammersbek gab es jüngst vier:

- Reihenhäuser an der Sandkuhle in Lottbek
- Mehrfamilienhäuser Wohnhof Bredenbek in Hoisbüttel
- Einfamilien- und Doppelhäuser am Strusbekweg in Rehagen
- Einfamilienhäuser an den Timmerhorner Teichen in Schäferdresch

Außerdem entstanden auf diversen Grundstücken, die mit Einfamilienhäusern aus den 1950er und 1960er Jahren bebaut waren, nach deren Abriss Doppelhäuser. So hat Ammersbek im Jahr 2022 die Marke von 10.000 Einwohnern überschritten, von 2021 auf 2022 stieg die Einwohnerzahl von **9905** auf **10.054**.

Positive Folgen - Ammersbek ist damit in der "Einwohner-Größenklassen von Kommunen" um eine Größenklasse **aufgestiegen**.

Das hat erst einmal positive finanzielle Folgen, denn die Gemeinde erhält für jeden Einwohner einen bestimmten Kopfbetrag, der höher ausfällt, wenn sie in eine höhere Größenklasse eingestuft wird, und die Schlüsselzuweisung steigt. Außerdem ist die Einwohnerzahl die wichtigste Bemessungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich[1]. Auch der Bürgermeister kann sich freuen, denn er rückt eine Besoldungsgruppe auf.

Nicht so positive Folgen - Der Bevölkerungsanstieg macht sich bei Kitas und Schulen deutlich bemerkbar. Vor zwei Jahren wurde für rund eine 3/4 Million Euro die ehemalige Juze in Lottbek umgebaut, damit zwei Krippengruppen dort untergebracht werden konnten.

Derzeit wird in Lottbek von einem Investor eine Kita in Kombination mit Seniorenanlage geplant und in Schäferdresch baut die Gemeinde eine Kita. Außerdem baut sie eine neue, größere Grundschule in Bünningstedt. Die Grundschule in Lottbek platzt auch aus allen Nähten und ist zudem sanierungsbedürftig. Die Hoisbüttler Feuerwache brauchte einen Anbau und die Bünningstedter Wache wird gerade neu gebaut. Das sind **Investitionen**, die die Gemeinde nur mit Krediten stemmen kann, Zins und Tilgung werden noch zukünftige Steuerzahler belasten, vielleicht die heutigen Grundschul Kinder.



Veränderte Bevölkerungsstruktur - Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang wird erst in 15 Jahren an Dynamik gewinnen, aber bereits heute verändern demographische und gesellschaftliche Entwicklungen die Zahl der Haushalte und die Bedürfnisse. Die Altersstruktur der Bevölkerung ändert sich, die Menschen sterben später, mehr Menschen leben als Singles oder bleiben kinderlos. Daher nehmen Ein- und Zweipersonenhaushalte zu und Mehrpersonenhaushalte gleichzeitig ab. Einen deutlichen Anstieg verzeichnen die Altersgruppen der 65 bis 79jährigen und der Hochbetagten ab 80; die der 30- bis 40-Jährigen nimmt ab. Dies macht sich im Eigentumsmarkt bemerkbar, die Nachfrage nach (sanierungsbedürftigen) Einfamilienhäusern der 1950 bis 1970er Jahre sinkt, die nach barrierefreiem, altersgerechten Wohnraum steigt. Hierauf muss Ammerbeks Wohnbaupolitik reagieren.

Vorstellungen der Grünen - Neue Baugebiete für freistehende Einfamilienhäuser sind nicht mehr notwendig, das sieht auch die Landesplanung so. Stattdessen ist es dringend geboten, dass der Altbestand an Einfamilienhäusern saniert wird und auf den Wohnungsmarkt gelangt. Außerdem muss auf den steigenden Bedarf an kleinen Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte reagiert werden.

Wir setzen uns daher dafür ein,

- dass im Zuge von Nachverdichtung und Erneuerung des Altbestandes in den urbaneren Bereichen Ammersbeks (an der L225 und im direkten Bahnhofsumfeld) mehr Geschosswohnungsbau mit kleinen Wohnungen entwickelt wird. Bebauungspläne müssen entsprechend geändert werden.
- dass dort wo heute noch alte Garagenhöfe stehen (z.B. an der Kolberger Straße) Mehrfamilienhäuser mit Mietwohnungen gebaut werden.
- dass alte Menschen, die allein in ihrem Haus leben, das ihnen zu groß ist und dessen Garten ihnen zu viel Arbeit macht, die Chance haben, in kleinere, barrierefreie Wohnungen zu ziehen.
- dass weiterhin in Quartieren mit großen Grundstücken Bebauung in zweiter Reihe oder Verdichtung zu Doppel- oder Reihenhäusern ermöglicht wird.

[1]Der kommunale Finanzausgleich soll durch Zuweisungen vom Land den Gemeinden zusätzliche Einnahmen verschaffen und übermäßige Finanzkraftunterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden ausgleichen.

* Von 2021 auf 2022 ist die Einwohnerzahl sprunghaft um 149 Menschen angestiegen. Der Sprung 2011 dagegen ist kein realer Anstieg, sondern auf den Zensus 2011 zurückzuführen, der die neue Basis der Fortschreibung bildet.

Maßvolle Bebauung & Verdichtung durch Doppel- oder Reihenhäuser sowie kleine Mehrfamilienhäuser dort, wo sie verträglich sind

Wachsen ohne Neubaugebiete

Ammersbek macht's möglich

Noch immer werden in Deutschland pro Tag (!) **55 Hektar Boden in Siedlungs- und Verkehrsfläche** umgewandelt. Der Flächenverbrauch für Wohn- oder Gewerbegebiete ist in kleineren Gemeinden meist höher als in Städten.

Viel Haus, wenig Wohnraum - "Von 19 Millionen Wohnungsbauten in Deutschland sind 16 Millionen Einfamilienhäuser. In jedem wohnen statistisch nur 1,79 Menschen." schreibt die Bundesstiftung

Baukultur. Und von den fast 140 000 Wohngebäuden, die 2020 neu errichtet wurde, waren 71 Prozent Ein- und Zweifamilienhäuser. Das bedeutet viel Flächenverbrauch für wenig Wohnraum, denn was Flächeninanspruchnahme, aber auch was Heizbedarf betrifft, steht das in Deutschland so beliebte freistehende Einfamilienhaus (EFH) am schlechtesten dar. Etwa besser ist das Doppelhaus und noch besser Reihenhäuser. Solche verbundene Bauweise verbindet individuelles Wohnen mit Ressourcenschonung.

Netto Null bis 2050 - Das Ziel der Bundes- und Landesregierung ist, Ausweisung von Neubaugebieten für freistehenden Ein- und Zweifamilienhäuser deutlich zu verringern, denn der Nettoflächenverbrauch soll bis 2050 auf Null gesenkt werden. Das bedeutet das, was GRÜNE und CDU 2022 in ihren Koalitionsvertrag für Schleswig-Holstein schrieben:

"Perspektivisch soll im Land eine Flächenkreislaufwirtschaft dazu führen, dass das Verhältnis von Siedlungs- und Verkehrsflächen im Bezug zu Freiflächen sowie land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen gleichbleibt."

Das heißt aber nicht, dass dort, wo ein Quartier von Einzelhäusern mit Gärten dominiert wird, Baustopp oder Bauwahn herrscht. Ersatzneubau, Zubau auf großen Grundstücken oder Sanierung und Vergrößerung bestehender Häuser ist weiterhin möglich und erhält den Charakter der Quartiere.

Ammersbek wächst trotzdem - Das auf diese Weise aber auch mehr Wohnraum geschaffen werden kann, zeigt eine Grüne Analyse für Lottbek. Betrachtet wurde der Bestand an freistehenden Ein- und Zweifamilienhäusern an vier Straßen, knapp 50 Wohneinheiten. Sie stehen in einer gewachsenen Mischung zusammen mit Zeilenbauten (Im Winkel), Reihenhäusern (An der Lottbek) oder als reiner Einfamilienhausbestand (An der Hochbahn und Hamburger Straße). Anhand von Bauanträgen, Satellitenbildern und Ortsbegehungen wurde untersucht, wie viele Wohneinheiten zwischen 2013 und 2023 hinzukamen.

Das Ergebnis verblüfft, denn wer hätte gedacht, dass sich in diesen Straßen, wo nirgends ein Mehrfamilienhaus entstand, die Zahl der Wohneinheiten um 18 % erhöht hat? Dies passierte allein infolge von Ersatz von EFH-Altbestand durch je zwei EFH, durch Doppelhäuser oder sogar durch zwei Doppelhäuser. Zwei EFH wurden durch Verdichtung eines großen Grundstück neu errichtet.

Auch so kann eine Gemeinde also wachsen, zumal man davon ausgehen muss, dass es nicht Singles waren, die hier bauten. Eine weitere Zunahme an Bewohnern passiert durch Generationswechsel, äußerlich vor allem sichtbar, wenn Häuser aus den 50er und 60er Jahren durch neue ersetzt oder saniert und **vergrößert werden**.

Erhalt von Klein- & Schrebergärten

Kleiner Berg, große Gartenliebe

Warum wir unsere Hügel und Schrebergärten gleichermaßen schützen wollen

Eine neue Reihenhaussiedlung steht jetzt dort, wo früher Bauteile aus Zement gefertigt wurden. Die neue Straße zu den Reihenhäusern heißt "An der Sandkuhle" denn das ehemalige Zementteilerwerk Feddern war dort gebaut worden, wo man Teile des Bültenbargs für die Gewinnung von Bausand abgetragen hatte.

Die Siedlung ist ein gelungenes Beispiel für eine verträgliche Verdichtung. Es wurde weder Siedlungsgrün dafür vernichtet, noch Kulturlandschaft verbaut, es ist eine sogenannte Flächenkonversion. Ein weiterer Vorteil ist, dass bei Reihenbebauung der Flächenverbrauch und der Heizbedarf geringer ist als bei freistehenden Einfamilienhäusern und diese an der Sandkuhle sind durch ihre serielle Bauweise mit vorgefertigten Elementen vergleichsweise erschwinglich.

Die Firma, die dort baute, Deutsche Reihenhäuser, wollte von Anfang an das Baugebiet ausweiten und auch die angrenzenden Kleingärten bebauen. Den Schrebergärtnern bot sie an, kostenfrei auf der angrenzenden Agrarfläche oben auf dem Hang vom Bültenbarg ein neues Gartengelände zu errichten. "Wir würden den jetzigen Hügel so platt sanieren, dass Ihre Häuser da auch stehen können" sagte der Regionalleiter Simon Federau in einer Überredungsveranstaltung.

Die Reihenhäuser finden reißend Absatz, deshalb wurden die Kleingärtner wiederholt bedrängt, obwohl sie klar kommunizierten, dass sie sich mehrheitlich dagegen entschieden haben, ihre Gärten zu verlegen.

Wir Grüne lehnen die Verlegung der Kleingärten ebenfalls ab, aus mehreren Gründen:

- Schrebergärten sind sozial und gesund: Menschen, die sich kein Haus mit Garten kaufen oder mieten können oder wollen, haben so eine preiswerte Chance, sich in einem eigenen Garten zu erholen und zu betätigen.
- Alte Schrebergärten mit ihrem alten Baumbestand kann man nicht so einfach verpflanzen, Schweiß und Herzblut der Pächter stecken darin.
- Der Hügel, den die Deutsche Reihenhäuser plattsanieren will, ist ein besonderes Relikt aus der Eiszeit, ein Geotop wie auch der Schüberg oder der Ahrensburger Bocksberg.
- Flächenkonversion bedeutet, eine Gewerbebrache, Altlastenfläche oder Fläche mit ehemaligem Gebäudebestand neu zu bebauen. Wenn stattdessen der ehemalige Gebäudebestand neu auf der Grünen Wiese gebaut wird, ist das Schummelerei, also Flächenverbrauch, hier Verbrauch von wertvoller Kulturlandschaft.

Bünningstedt Alte Schule, neue Schule und wie weiter?



Ammersbek baut in Bünningstedt eine neue Schule. Das ist schön für die Kinder, aber nicht nur Mieseperer sehen auch viele Nachteile:

Hohe Investitionskosten: Auch wenn der Schulneubau infolge eines sehr guten energetischen Standards eine hohe Fördersumme erhielt, ist er teuer. Der Bau summiert sich auf 13 Millionen Euro, hinzu kommt fast eine Million Euro für das 29.000 Quadratmeter große Grundstück, das 2020 erworben wurde. Diese Summen kann Ammersbek nur mit Kreditaufnahme stemmen. Die CDU-Fraktion errechnete für die Gemeinde zum Jahresende 2022 einen Schuldenstand von 11 Millionen Euro, soviel wie noch nie. Es wird laut CDU mindestens 12 Jahr dauern, bis der Schuldenstand in etwa wieder auf dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre gesunken ist.

Unsichere Gegenfinanzierung: Die Hoffnung des Bürgermeisters und mancher Fraktionen ist, den Schulneubau durch den Verkauf von Einfamilienhausgrundstücken auf dem alten Schulgelände gegenfinanzieren zu können. Für die Umsetzung braucht es jedoch eine Änderung der Bauleitpläne, die vom Innenministerium, Abteilung Landesplanung, genehmigt werden müssen. In einem Vorgespräch legte die Landesplanung dem Ammersbeker Bürgermeister jedoch dar, dass der Landesentwicklungsplan für Dörfer ab vom Schuss nur eine begrenzte Wohnraumentwicklung zulässt^[1]. Nur ein Um- und Ausbau des alten Schulgebäudes würde genehmigt werden, nicht aber ein Neubaugebiet. Hiervon ließ sich der Bürgermeister nicht entmutigen und hofft, die Landesplanungsbehörde noch umstimmen zu können.

Hoher Ressourcenverbrauch: Bund und Land bekennen sich dazu, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Gemeinden sollen sich auf Innenentwicklung konzentrieren, also auf Konversion von bebauten Flächen, Lückenbebauung, Aufstockung und Sanierung von Altbestand. Der Neubau der Bünningstedter Schule geht mit enormem Landschaftsverbrauch einher, denn wo bald das Schulleben blüht, wogte vorher auf fruchtbarem Boden Getreide für die Ernährung. Außerdem bedeutet Neubau einen hohen Verbrauch an Rohstoffen und Energie, während die sogenannte Graue Energie im alten Gebäude **bei Abriss verloren geht**.

Aus diesen Gründen waren die Ammersbeker Grünen ursprünglich dafür, das Schulgebäude zu erhalten und zu sanieren. Dies hätte jedoch umfängliche Baumaßnahmen bei laufendem Schulbetrieb bedeutet. So stimmten sie schließlich einem Neubau zu, mit der Maßgabe, dass es ein energetisch optimales Schulgebäude wird.

Aber nun stellt sich die nächste Frage: Soll man das alte Schulgebäude abreißen und auf der Bauschuttdeponie entsorgen? Soll man das Grundstück, das Tafelsilber der Gemeinde, an Investoren verkaufen, die dort Einfamilienhäuser bauen für wenig Menschen mit viel Geld?

Es besteht immer mehr Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Das funktioniert im Allgemeinen nicht mit Einfamilienhäusern, sondern nur mit Geschosswohnungsbau. Den gibt es im dörflich geprägten Bünningstedt bisher nicht. Um die dörfliche Eigenart Bünningstedts zu erhalten, sollte sich ein neues Wohnbaugebiet in die bestehende Ortsstruktur einfügen und nicht wie ein Fremdkörper von dieser absetzen. Geschosswohnungsbau ließe sich aber auch zurückhaltend gestalten, beispielsweise durch zweigeschossige Punkthäuser mit der Anmutung eines Einfamilienhauses, aber mit vier bis acht Wohnungen. In serieller Holz-Modul-Bauweise oder vielleicht sogar als Strohbau könnten der Klimafußabdruck und die Baukosten im Rahmen gehalten werden. Zudem würden die Wohneinheiten nur zu zwei Drittel auf den Bünningstedt zugestandenem Entwicklungsrahmen angerechnet werden.

Wir Grünen haben aber noch eine andere Idee, die das alte Schulgebäude einbezieht und nicht abreißt und das **Grundstück im Eigentum der Gemeinde belässt**.

[1] Der Landesentwicklungsplan ermöglicht "Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung, die zwischen den Siedlungsachsen liegen und keine Schwerpunkte für Wohnen und Gewerbe sind" bis 2036 neue Wohnungen nur im Umfang von bis zu 15 Prozent des Ende 2020 vorhandenen Wohnungsbestandes. Wohneinheiten, die in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen, in Wohnheimen und durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstehen, werden nur zu zwei Drittel auf den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen angerechnet.

Eine geringe Überschreitung der 15 Prozent ist möglich für Innenentwicklung auf Flächen von zentraler städtebaulicher und ortsplanerischer Bedeutung, wenn z.B. ein städtebaulicher Missstand vermieden oder beseitigt werden soll, oder ein besonderer Wohnungsbedarf zu decken ist. Aber auch wenn die 15 Prozent bisher durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgt ist und es nachweislich einen dringenden Wohnungsneubaubedarf für die örtliche Bevölkerung gibt, der nur durch die Entwicklung eines neuen Wohngebietes zu decken ist.

Gemeinschaftliches Wohnen im Dorf Bünningstedt, erschwinglich und sozial

Eine Grüne Vision

Unser Anspruch:

- Wir wollen das alte Schulgebäude nutzen, partiell energetisch saniert.
- Wir wollen erschwingliche Wohnungen, aber keine Mietskasernen, die das dörfliche Ortsbild zerstören.
- Wir wollen Einnahmen für die Gemeinde generieren, kurzfristige und verlässliche langfristige.

Unsere Lösung:

- Auf dem Gelände hinter der Schule wird eine Tiny-Haus-Siedlung gebaut.
- Die Grundstücke werden in Erbpacht vergeben, die Häuser werden verkauft.
- Die Siedlung besteht aus 12 bis 15 kleinen Holzhäuser auf Rädern, mit Wärmeversorgung über eine gemeinsame Großwärmepumpe bzw. Anschluss an die Geothermie-Wärmepumpe der neuen Schule.
- Im ehemaligen Schulgarten entstehen individuelle Gemüsegartenparzellen, ggfs. betreut durch einen Landwirt oder Hausmeister.
- Die Schule ist das gemeinsame Zentrum der Tiny-Haus-Siedlung, ihr Dach wird saniert und gedämmt und für Solarnutzung statisch ertüchtigt. Für die Nutzung wird von jedem Häuschen-Eigentümer eine monatliche Miete gezahlt.
- Im alten Schulgebäude werden Räume für gemeinsame und individuelle Nutzung geschaffen:
 - Raum für Feste, Geburtstage, Versammlungen etc. mit überdachter Terrasse und Klavier
 - Kleine Großküche neben dem Partyraum
 - Mehrere Büros für Homeoffice oder Homeatelier
 - Ein Spielzimmer (Indoor-Spielplatz)
 - Zwei bis drei Gästezimmer, mit beidseitig begehbarem Badezimmer dazwischen, koppelbar zu Gästewohnung
 - Waschküche mit Waschmaschinen und gut belüftetem Trockenraum
 - Individuelle Abstellraum für jedes Tiny Haus (ausgelagerter Speicherboden)
 - Werkraum und Nähraum, mit gemeinsamen Werkzeugen und Nähmaschinen
 - Fahrradraum mit zusätzlichem Platz für Lastenbike-Sharing mit E-Bike-Ladestation
 - Spielplatz und Grillplatz im Innenhof (ehemaliger Schulhof)

Durch dieses Raumangebot reichen Tiny Häuser von 30 bis 45 m² Wohnfläche für Pärchen und Familien mit 1-2 Kindern. Schule und Kita ist für die Kinder fußläufig erreichbar. Junge Menschen sind offen für moderne Mobilitätskonzepte. Deshalb sind die Tiny Häuser speziell für Menschen, die ohne eigenen PKW leben wollen. Ein Parkplatz mit Solardach-Carports und E-Ladesäule bietet Parkplätze für Car-Sharing und Besucher. Für den Anschluss an Ahrensburg wird Ioki mit Ammersbeker Finanzierung auf Bünningstedt ausgeweitet.

Ein großer Vorteil dieser Vision ist, dass die alte Schule, ein schönes Gebäude mit geschütztem Innenhof, umgenutzt werden kann. Eine energetische Sanierung kann sich auf die Teile beschränken, die Räume mit Heizbedarf aufnehmen sollen. Vielleicht ist auch eine partielle Aufstockung möglich, falls Platz nicht ausreicht oder eine Hausmeisterwohnung hinzukommen soll.

Der größte Vorteil jedoch ist, dass hier dem momentanen Bedarf entsprechend erschwingliches Wohneigentum geschaffen wird, der Flächenverbrauch aber gering und reversibel ist.

5 Mobilitätswende



Wir wünschen uns sichere & attraktive Alternativen zum Auto. Die wichtigsten Verkehrsteilnehmer sind Fußgänger & Radfahrer. Der Autoverkehr im Siedlungsraum darf nicht weiter auf Kosten von Gesundheit & Wohlfühlfaktor zunehmen. Auch für ältere Menschen, denen die Wege zum Bus zu weit sind, braucht es Ideen für Mobilitätsalternativen zum eigenen Auto.

Wir Grünen haben schon lange eine nachhaltige Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV gefordert. Durch den 2021 von der Bundesregierung verabschiedeten Nationalen Radverkehrsplan, in dem der Ausbau der Fahrradinfrastruktur als fundamental angesehen wird, hat diese Forderung ein größeres Gewicht bekommen. Damit erhalten der Bau von Radwegen, die Einrichtung von Fahrradstraßen und die Bereitstellung von sicheren Fahrradunterstellmöglichkeiten an Umsteigestellen zum ÖPNV für die Zukunftsplanung unserer Gemeinde ein besonderes Gewicht.

- Fahrradstraßen & Verkehrsberuhigung für mehr Sicherheit & weniger Lärm
- Unsere Initiative für gute Bike & Ride-Anlagen am Hoisbüttler Bahnhof & an Bushaltestellen fortsetzen
- Überregionale Velorouten & Ausbau sowie Sanierung von Fuß- & Fahrradwegen
- Mehr Sicherheit für die Schulwege
- Höhere Frequenz & Attraktivität des ÖPNV

Fahrradstraßen und Verkehrsberuhigung für mehr Sicherheit und weniger Lärm!

Eine schon bundesweit bewährte Möglichkeit, die Akzeptanz der Fahrradbenutzung zu erhöhen, ist die Ausweisung von Fahrradstraßen. Dazu muss geprüft werden, welche Straßen für die Einrichtung als Radstraßen in Frage kommen. Ungeachtet dieses eher langfristigen Prüfverfahrens, setzen sich die Ammersbeker Grünen dafür ein, den Volksdorfer Weg als Fahrradstraße auszuweisen. Der Volksdorfer Weg wird schon jetzt von Schulkindern, von Pendlern auf dem Weg zur U-Bahn und von Radtouristen aus dem Hamburger Raum genutzt als ruhige und sichere Alternative zur Landesstraße 225. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass bei den anstehenden Sanierungsarbeiten am Volksdorfer Weg die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Fahrradstraße getroffen werden.

Unsere Initiative für gute Bike & Ride-Anlagen am Hoisbüttler Bahnhof und Fahrradstellplätze an Bushaltestellen fortsetzen!

Am U-Bahnhof Hoisbüttel fehlt es seit langem an sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Diese sind aber die Voraussetzung dafür, dass sich die Zahl derjenigen, die den Weg zum Bahnhof mit dem Fahrrad zurücklegen, erhöhen lässt. Deshalb haben die Grünen schon im Jahr 2017 einen Antrag auf die Einrichtung sicherer Fahrradunterstellrichtungen gestellt. Jetzt ist es endlich soweit: Noch in diesem Jahr soll auf der Westseite des Bahnhofs in einem ersten Bauabschnitt eine B&R-Anlage mit Stellplätzen für 214 Fahrräder, größtenteils überdacht, gebaut werden. Diese Anlage sollte bedarfsgerecht erweitert werden.

Überregionale Velorouten und Ausbau sowie Sanierung von Fuß- und Fahrradwegen!



Ammersbek besteht aus fünf Ortsteilen, deren Bewohner zum Einkaufen oder auf dem Weg zur Arbeit häufig beträchtliche Wegstrecken zurücklegen müssen. Dies geschieht häufig auf Grund fehlender Alternativen mit dem eigenen Auto. Um die damit verbundene Umweltbelastung zu verringern, müssen Anreize geschaffen werden für umweltfreundliche Alternativen, d.h. für das Umsteigen aufs Fahrrad oder die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Dazu gehört der Ausbau eines die einzelnen Ortsteile verbindenden Radwegenetzes mit Anbindung an das Hamburger Radwegesystem und die weiterführenden Radwege in Richtung Ahrensburg und Bargeheide. Der Zustand der Radwege und der als Radweg dienenden Straßen ist aktuell zum Teil katastrophal. Durch Reparaturen und Umbau bestehender sowie Neubau von Radwegen muss eine effektive, ansprechende und sichere Alternative zur Autobenutzung geschaffen werden.

Gefahrenpunkte wie am Bahnhof Hoisbüttel und entlang der Lübecker Straße im Dorf Hoisbüttel sind zu entschärfen durch eine neue Streckenführung für eine sichere Umfahrung dieser Engstellen.

Mehr Sicherheit für die Schulwege!



Die oben beschriebenen Maßnahmen dürften sich insgesamt auch besonders positiv auf die Sicherheit für Kinder auf dem Schulweg positiv auswirken. Hier ist erneut als Beispiel die Umgestaltung des Volkdorfer Wegs zur Fahrradstraße zu nennen. Da die Schulkinder im Winter noch bei Dunkelheit zur Schule fahren, ist eine Beleuchtung der Straße angebracht.

Höhere Frequenz und und mehr Attraktivität für den ÖPNV!

Mit der nunmehr beschlossenen Einführung des 49€-Tickets ab 1. Mai dürften mehr Menschen als bisher veranlasst werden, ihr Auto zugunsten des ÖPNV stehen zu lassen. Hierzu muss jedoch fahrplanmäßig das Angebot stimmen. Wir Grünen in Ammersbek treten daher für eine höhere Taktung des Busverkehrs ein und für eine bessere Abstimmung mit dem Fahrplan der U-Bahn.

6 Finanzen



Der grüne Kurs im schweren Fahrwasser für Investitionen: Klimaschutz und Bildung. Aus der Analyse der aktuellen Situation haben wir für unser Wahlprogramm folgende konkrete Handlungsfelder die uns zu unseren Ideen bringen:

Wir wünschen uns mehr Zielorientierung in der Haushaltspolitik für Klimaschutz und Bildung, gezielte Investitionen in die Zukunft und mehr Transparenz für die Öffentlichkeit.

- Betriebskosteneinsparung durch Nutzung der Solarenergiepotentiale auf z.B. kommunalen Dächern
- Gezielte werterhaltende Investitionen in Gebäude & Straßen, damit Ammersbek nicht verrottet
- Mehr Personal im Bauamt für zügigeres Sanieren, um langfristig Kosten zu sparen
- Senkung des Raumbedarfs der Verwaltung durch Digitalisierung & Home-Office
- Ansiedlung von nachhaltigem Gewerbe durch Nachverdichtung & in Mischgebieten
- Intensivere Nutzung von öffentlichen Fördermöglichkeiten

Betriebskosteneinsparung durch Nutzung der EE-Potentiale auf z.B. kommunalen Dächern

Was kurzfristig an Mehrkosten bei Neubauten oder bei Ergänzungsbauten entsteht, wird sich schon bald lohnend in den laufenden Kosten als positiv zeigen.

Gezielte werterhaltende Investitionen in Ammersbeker Gebäude & Infrastruktur, damit Ammersbek nicht verrottet

Was erst komplett kaputt ist, kostet mehr wieder aufzubauen. Noch können wir durch einfache Reparaturen viel Substanz erhalten.

Für zügigeres Sanieren mehr Personal im Bauamt vorsehen, um langfristig Kosten zu sparen

Um Substanz zu erhalten braucht man auch genügend Personal, das kostet natürlich. Dieses ist aber nachhaltiger als immer wieder zu hören, dass Aufgaben nicht übernommen werden können, da dieses Personal fehlt. Entschiedene Baumaßnahmen werden verschoben, Kosten und Zinsen steigen in dieser Zeit. Reparaturen können nicht gemacht werden, nun muss komplett neu gebaut werden.

Raumbedarf der Verwaltung senken durch Digitalisierung und Home Office, wenn keine öffentlichen Aufgaben zu erfüllen sind

Auch der öffentliche Dienst sollte in der modernen Arbeitswelt ankommen. Videokonferenzen, digitale Termine für die Bürger und agiles Arbeiten sind noch am Anfang. Neben einer Leitung der Verwaltung, die dieses auch wirklich umsetzen möchte, braucht es hier natürlich auch entsprechende Mittel, z.B. für neue Flächen in der Verwaltung für agiles Arbeiten und Videokonferenzen. Ebenfalls braucht es diese neuen Arbeitsmodelle für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die gemeinsame Transformation in die neuen Arbeitswelten macht diese erfolgreich, und zufriedene Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg.

Schaffung von Mischgebieten und Nachverdichtung zur Ansiedlung von nachhaltigem Gewerbe

Durch die neue Arbeitswelt gibt es auch eine Perspektive für Betriebe, die Ammersbek vorher nicht in Betracht gezogen haben. Der Ausbau des Glasfasernetzes ist eine weitere Voraussetzung. Machen wir uns attraktiver für neue Modelle des modernen Arbeitslebens.

Neue Gebiete brauchen große Investitionen in die Erschließung und machen den dörflichen Charakter tot. Wir wollen innen wachsen.

Öffentliche Fördermöglichkeiten nutzen



Ein Punkt, der sehr gut von der Verwaltung im Fokus ist. Hier sollten wir weitermachen und neue Möglichkeiten finden.

Unsere Leitbilder und weitere Gedanken zur Finanzpolitik

Bei allen unseren Entscheidungen sollen uns die nachfolgenden Leitbilder und Überlegungen helfen:

Jede Ausgabe muss nachhaltigen Zielen dienen, dabei ist es uns wichtig

- Unsere kommunale Strategie für Finanzen und Investitionen gezielt nachhaltig mit Priorität für Klimaschutz und Bildung auszurichten und gleichzeitig
- Den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinde möglichst zu vergrößern
- Jede Investition muss darauf geprüft werden, ob sie den Bürgerinnen und Bürgern dienen und auch für kommende Generationen Werte erhält oder Einnahmen ermöglicht

Weitere konkrete Grüne Ideen und Denkanstöße dafür sind:

- Betriebskosten sparen und Energie-Preisstabilität gewinnen durch effizientes Gebäudemanagement und beschleunigte Investition in Erneuerbare Energien
- Das partizipatorische Modell Bürger-Energiegenossenschaft für die Finanzierung von Investitionen in Erneuerbare Energien prüfen
- Gemeindeeigenen Grund nicht verkaufen, sondern dauerhaft mit den Erbpacht-Einnahmen Investitionskredite finanzieren
- Günstige Voraussetzungen schaffen für die Ansiedlung von Nachhaltigem Gewerbe
- Aufwand und Kosten senken durch Digitalisierung

Zurzeit muss die Gemeinde Ammersbek die hohen Investitionen für den Neubau der Schule Bünningstedt und den Neubau der dortigen Feuerwache stemmen. Und es kann noch teurer werden. Wegen höherer Energiepreise und Lieferengpässen steigen die Preise. Hinzu kommt, dass die zuvor niedrigen Kreditzinsen inzwischen auf ein Mehrfaches gestiegen sind. Investieren ist teuer geworden und die Gemeinde darf nur soviel Kredit aufnehmen, wie sie Zins und Tilgung aus dem laufenden Verwaltungshaushalt finanzieren kann.

Der finanzielle Handlungsrahmen ist eng, aber die Liste der dringend notwendigen Investitionen in Ammersbek lang. Sie reicht von der Erneuerung maroder Straßen, über dringend benötigte Kita-Plätze und Schulräume in der GS Hoisbüttel bis zu den dringenden Investitionen in Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und die Infrastruktur für eine fossilfreie Mobilität.

Gerade aus diesen Gründen ist es wichtig, dass jede Ausgabe in den kommenden Jahren auf seine Nachhaltigkeit überprüft wird.

Spart diese Ausgabe in Zukunft Kosten?

Werden Werte für die Gemeinde geschaffen aus denen wir in den kommenden Jahren schöpfen können?

Ist diese Ausgabe im Interesse der Gemeinschaft und taugt sie dazu die Bürgerinnen und Bürger vor künftigen Steuererhöhungen oder Umlagen zu schützen?

Einer von der Verwaltung zur Diskussion gebrachten kurzfristigen Grund-/Gewerbsteuererhöhung werden wir nicht zustimmen. Viel mehr noch, die aktuelle Grundsteuer oder Gewerbesteuererhöhung muss nach deren Reform in seinen Auswirkungen erst einmal betrachtet werden. Schadet sie zukünftigen möglichen Investitionen von außen?

Ein einfacher Verkauf von freiwerdenden Flächen zur kurzfristigen Sanierung eines Haushaltes ist dabei für uns ebenfalls keine Lösung. Sinnvoll ist, was dauerhaft Wert schafft und Erträge einfährt, und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern nützt.

Die bessere Ausstattung der Kommunen mit Finanzmitteln ist sicher auch ein wichtiges Thema für die Bundes- und Landespolitik, aber wir brauchen für Ammersbek einen strategischen Finanzplan!

6 Digitalisierung

Wir möchten, dass Ammersbek Vorreiter bei der Digitalisierung wird. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen digital angeboten werden, damit die Bürger*innen diese jederzeit & ohne Anreise in Anspruch nehmen können. Dies spart Zeit, schont die Umwelt & ermöglicht die Teilhabe für Menschen, die eingeschränkt mobil sind.

- Serviceportal zur Online-Bearbeitung aller Anträge & Dienstleistungen
- Vereinfachung von Verwaltungstätigkeiten durch Einführung digitaler Prozesse
- Effektivere Verwaltung durch verstärkte Digitalisierung der Kitas & Schulen – mehr Zeit für Kinder
- Zeitgemäße Bildung mit & über Medien
- Attraktive Kita-Webseiten für Eltern & Bewerber*innen
- Informative Gemeinde-Webseite – alles schnell finden & verstehen

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert die Welt, wie wir sie kennen. Sie hat sowohl wirtschaftliche als auch soziale Auswirkungen und bietet viele Vorteile und Chancen.

Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und Kitas gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die Digitalisierung zu nutzen und damit die Effizienz zu steigern, Kosten zu sparen, und insbesondere Bürger*innen zeitgemäße Dienstleistungen anbieten zu können.

Nun kann man sich fragen, warum die Digitalisierung überhaupt ein Thema für die Kommunalpolitik ist, denn die Wege zu einer schrittweise Einführung der Digitalisierung sind doch längst durch Bundes- und Landesgesetze vorgegeben.

Die Digitalisierung der Verwaltung und auch der Schulen und Kitas kann aber auf verschiedene Weisen erfolgen, es gibt mehrere Lösungen, von denen die für die jeweilige Kommune passende auszuwählen ist. Einführung ist immer ein komplexes Projekt – und Projekte können auch scheitern. Ganz wichtig ist es, die Beschäftigten in diesem Prozess mitzunehmen und ausreichend Ressourcen an Personal, Zeit und Material zur Verfügung zu stellen, damit Digitalisierung nicht als eine (vielleicht nervende, unnötige) Aufgabe wahrgenommen wird, die vom Tagesgeschäft abhält.

Im Folgenden soll noch einmal zusammengestellt werden, welche Chancen Digitalisierung bietet.

Digitalisierung in der Verwaltung

Durch die Digitalisierung können Verwaltungsprozesse automatisiert und effizienter gestaltet werden. Dies bedeutet, dass Arbeitsschritte schneller erledigt werden können, was wiederum zu einer Kostenersparnis führt.

Die Digitalisierung ermöglicht es Bürger*innen, ihre Anliegen jederzeit und von überall aus online zu erledigen. Dies erleichtert oder erspart nicht nur den Gang zum Amt, sondern entlastet auch die Verwaltungsbediensteten bei der Bearbeitung von Anfragen und Anträgen.

Die Digitalisierung schafft mehr Transparenz bei Entscheidungen und Abläufen in der Verwaltung. Informationen können einfacher zugänglich gemacht werden, was zu mehr Vertrauen in die Verwaltung führt.

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Möglichkeiten, Daten sicher zu speichern und zu verwalten. Das Risiko von Datenverlust oder Datenmissbrauch wird minimiert.

Digitalisierung in Schule und Kita

In Schulen und Kitas bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, zeitgemäßem Unterricht zu erleben, Medien für eine bessere Wissensvermittlung zu nutzen und frühzeitig Medienkompetenz zu erwerben.

In einer immer digitaler werdenden Welt ist es wichtig, dass Schüler*innen frühzeitig den Umgang mit Computern und anderen digitalen Geräten erlernen. Dies ist nicht nur für das spätere Berufsleben von Vorteil, sondern auch im privaten Bereich wichtig. Es macht wenig Sinn, dass Medien in der Arbeitswelt und in der Freizeit omnipräsent sind und die Schule ein medienfreier Raum ist.

Die Digitalisierung bietet zahlreiche neue Lernmedien und -methoden, die den Unterricht abwechslungsreicher und spannender machen können. Durch digitale Medien können Lerninhalte oft anschaulicher vermittelt werden.

Durch die Nutzung von digitalen Medien wird eine stärkere Individualisierung des Lernens möglich. Schülerinnen und Schüler können in ihrem eigenen Tempo lernen und sich auf ihre individuellen Stärken und Schwächen fokussieren.

Durch die Digitalisierung können Schülerinnen und Schüler auf einfachem Weg mit anderen Menschen aus der ganzen Welt in Kontakt treten und so ihre interkulturellen Kompetenzen verbessern.

In der Kita ist die Wissensvermittlung durch Medien natürlich nur dosiert sinnvoll, aber auch hier kann die Digitalisierung wertvolle Dienste leisten. Mit intelligenten und leicht zu bedienenden Anwendungen können die Erzieher*innen den Verwaltungsaufwand (Pläne, Protokolle, Mitteilungen an Eltern) minimieren und somit mehr Zeit für die Betreuung der Kinder gewinnen. Genauso können Lehrer*innen an Schulen von Digitalen Anwendungen, z.B. einem Online-Stundenplan, profitieren.

Neue Möglichkeiten erfordern zusätzliche Kompetenz auch bei Lehrer*innen. Inzwischen wird auch die eine oder andere Grundschüler*in die künstliche Intelligenz in Form von ChatGPT für die Erledigung der Hausaufgaben nutzen. (Apropos - natürlich wurden auch Teile dieses Textes über Digitalisierung von ChatGPT geschrieben.)

Risiken der Digitalisierung

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, die Beschäftigten auf den Umgang mit digitalen Tools und Technologien vorzubereiten. Viele Mitarbeitenden verfügen nicht über ausreichende Erfahrung im Bereich der Digitalisierung, um mit neuen Systemen effektiv arbeiten zu können. Das kann dazu führen, dass der Einführungsprozess der Digitalisierung sich in die Länge zieht oder sogar scheitert.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, in der Verwaltung und in Schule und Kita ausreichende Schulungs- und Trainingsmaßnahmen für ihre Beschäftigten durchzuführen. Nur wenn die Mitarbeitenden lernen, wie man digitale Tools und Technologien effektiv einsetzt, kann die Akzeptanz steigen und eine erfolgreiche Einführung der Digitalisierung gewährleistet werden.

Ein weiteres Problem bei der Einführung der Digitalisierung ist der Mangel an Ressourcen. Die Einführung von digitalen Systemen erfordert oft hohe Investitionen in Technologie, Infrastruktur und Mitarbeiterbildung. Wenn diese Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, kann es schwierig sein, den Einführungsprozess erfolgreich abzuschließen.

Es ist aus unserer Sicht Aufgabe der Kommunalpolitik, den Digitalisierungsprozess der Verwaltung unterstützend zu begleiten und Ressourcen zu bewilligen. Die notwendigen Mittel sind gut investiert und werden sich mittel- und langfristig mehr als bezahlt machen.

Fazit

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Vorteile und Chancen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in Schulen und Kitas. Durch die Digitalisierung können Prozesse effizienter gestaltet und Bürgernähe hergestellt werden. In Schulen (und auch in den Kitas) können Lerninhalte abwechslungsreicher und individueller vermittelt werden und Schüler*innen können frühzeitig den Umgang mit digitalen Medien erlernen. Es ist wichtig, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und die Bildung unserer Kinder zu fördern.

Die Digitalisierung erfordert jedoch entsprechende Ressourcen und Schulungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Mittel im Haushalt eingeplant werden und realisierbare Projektpläne für die Einführung und fortlaufende Verbesserung der Digitalisierung erstellt werden.